

## MEDIENMITTEILUNG

Dekretsentwurf der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates

# Die Zahlen, welche schmerzen



Sitten – 07.09.2005 • Mit dem von der Geschäftsprüfungskommission vorgeschlagenen Dekret würde eine Lehrperson an der Orientierungsschule innerhalb von vier Jahren 20'000 Franken weniger verdienen. Ein Sekretär oder eine Sekretärin beim Staat Wallis müsste auf 10'000 Franken Lohn verzichten. Dramatische Konsequenzen, welche dieses Projekt schlicht und einfach ignoriert.

Ein Dekretsentwurf und Theorien über Sparmöglichkeiten, das tönt an sich ganz gut. Der ZMLB wollte wissen, welche konkreten Auswirkungen dieser Text auf das Leben der Beamten und des Lehrpersonals hätte. Eine genaue Berechnung, basierend auf öffentlich zugänglichen und kontrollierten Zahlen, zeigt das wahre Ausmass. Und welches Ausmass. Eine Lehrperson an der Orientierungsschule sähe jedes Jahr praktisch den Betrag eines Monatslohnes verschwinden. Eine Sekretärin hingegen, welche von Beginn weg einen weniger hohen Lohn bezieht, sähe ihre finanzielle Situation auf dramatische Weise verschlechtert.

### Die Phantomzahlen

«Niemand nahm seinen Rechenschieber zur Hand, um die konkreten Auswirkungen des Dekretsentwurfs auf die Löhne abzuschätzen. Entweder hat man vergessen, dies zu tun und das wäre überraschend oder man hat es getan und vergessen mitzuteilen und das wäre schlimm.» Der Generalsekretär des ZMLB, Michel Perruchoud, ist über diesen Dilettantismus sehr erstaunt. Ein Dekret vorzuschlagen, welches nachhaltige (mindestens vier Jahre) und bedeutende Auswirkungen auf tausende von Lehrpersonen und Staatsangestellte hätte, ohne dessen Konsequenzen zu beziffern? Dies wäre zumindest kurzfristig und unvorsichtig «um so mehr als die Geschäftsprüfungskommission auf die Beratung durch das Zentrum für Verwaltungsmanagement des Staates Wallis zählen konnte.»

Dabei bleibt es nicht nur bei den Löhnen. Der Dekretsentwurf kondensiert eine ganze Reihe von verhängnisvollen Auswirkungen. Die vom Dekret angestrebten Sparmassnahmen würden vor allem die neuen Staatsangestellten treffen. Sie beginnen ihre Karriere bereits mit recht bescheidener Entlohnung. Das Einfrieren der Gehälter würde sie in doppelter Hinsicht benachteiligen. Sie würden gerade dann Geld einbüßen, wenn sie am meisten darauf angewiesen sind, um ins aktive Berufsleben einzusteigen. Oder, um eine Familie zu gründen. Diese Familie – es sei hier daran erinnert – welche einen der Grundwerte der kantonalen Politik darstellt.

Noch ein anderer Makel: Der Kanton versucht die Kompetenzen und das Wissen anzuziehen oder zumindest deren Wegzug aus dem Kanton zu verhindern. Und nun wäre es genau der wichtigste Arbeitgeber des Kantons, der die Arbeit seiner Angestellten abwertet.

Wir hören hier mit der Aufzählung auf. Dieser Entwurf wurde im Eiltempo geschnürt und gleich schnell verschlampt, ohne der Realität Rechnung zu tragen und dies auf allen Stufen.

Um die Tabelle einzusehen, begeben Sie sich bitte auf unsere Website [www.zmlb.ch](http://www.zmlb.ch), auf die letzte News klicken und dem Link folgen. Oder direkt an diese Adresse gehen: [www.fmef.ch/docs/tableausalaires-d.pdf](http://www.fmef.ch/docs/tableausalaires-d.pdf)

**Zusätzliche Informationen: Marcel Schwestermann, Vizepräsident des ZMLB auf 078 773 28 96**

